

Liebe Krummesser,

seit mehreren Jahren berichte ich nun schon an dieser Stelle in "Links vom Kanal" über die geschichtliche Entwicklung von Krummesse.

Da Krummesse in den letzten Jahren sehr viele Neubürger dazu bekommen hat, soll noch einmal kurz auf historisches eingegangen werden.

Im Jahre 1380 verkaufte Marguard von Crumesse das halbe Dorf mit dem Hof an den Ratmann Segeband Crispin, und 1382 verkauften die Gebrüder von Crumesse 2 Höfe mit der Wassermühle und dem Gehölz Kannenbrook an den Ratsherrn Darsov und dessen Bruder; späterhin kamen Dorf und Hof an die Familie v. Stitten.

Im Jahre 1608 erschossen Crumesser Bauern einige lübsche Ratsdiener. Daraufhin überfielen die Lübecker das Dorf mit 300 Mann: sie raubten, plünderten und brannten vieles nieder.

Crumesse litt auch im Aufbruch der städtischen Handwerker 1665 als diese über die Übertragung gewerblicher Tätigkeit auf das platte Land - wie man es damals nannte - unzufrieden war.

Die Hoheit über den Lübecker Teil Crumesse wurde 1747 von Lauenburg abgetreten und im Jahre 1762 kaufte die Stadt Lübeck den Hof und Lübecker Anteil von den Erben des Bürger-

meisters Andreas v. Brömsen.

Das Dorf Crumesse liegt an der nördl. Grenze des Herzogtums Lauenburg und des lübschen Staatsgebietes und bildet mit der Gemeinde lübsch Crumesse einen Ort.

Die Besitzungen liegen derart, daß Häuser sowohl wie Länderei in beiderseitigen Staats vollständig durcheinander gewürfelt sind. Ein Haus gehört zu Lauenburg, das nächste Haus zu Lübeck u. s. fort. Der Hauptteil liegt östl. des Kanals, über welchen eine eiserne Brücke führt; ein Teil des lübschen Dorfes westlich.

Im östl. Hauptteil liegt die Kirche mit lauenburgisch Crumesse.

Die Kirche, welche Johannes dem Täufer geweiht ist, wird bereits 1230 erwähnt. Sie ist Ziegelrohbau, zweischiffig, Decke ein Spitzbogengewölbe, welches auf 2 freistehenden Pfeilern ruht.

Weitere Aufzeichnungen: Zweiklassige Schule, 1 Arzt, 1 Apotheke, Meierei, Kreditgenossenschaft, 4 Wirtshäuser, Schmiede, 6 Handwerker, 4 Hufenstellen, 2 Halbhufen, 11 kleinere u. 20 Anbauerstellen. Außerdem die Bornmühle und Crispinermühle.

Vorstehendes wurde alten Aufzeichnungen entnommen, daher auch die schreibweise Crumesse

K. Lukaszczuk

IMPRESSUM Herausgeber: SPD Ortsverein Krummesse, Verantwortlich: Kurt Lukaszczuk, 2401 Krummesse, Preußenkoppel 22, Redaktion: Manfred Schütt, 2401 Krummesse, Wasserfohr 1

Krummesse



Links vom Kanal

Nr. 26

EINWOHNERINFORMATION FÜR KRUMMESSE 9/88

L i e b e K r u m m e s s e r
Am 8. Mai 1988 haben weit mehr als die Hälfte aller Krummesser Wählerinnen und Wähler sich durch ihre Stimmabgabe für eine neue Landesregierung entschieden.

B J Ö R N E N G H O L M
ist Ministerpräsident geworden und Sie, die Sie der S P D Ihre Stimme gegeben haben, haben hierzu beigetragen.

Lassen Sie mich Ihnen für dieses Vertrauen, daß Sie in Björn Engholm und seine Mannschaft gesteckt haben, meinen persönlichen und auch den Dank des S P D - Ortsvereins sagen.

Darüberhinaus soll ich aber auch ein herzliches Dankeschön sagen von den beiden Kandidaten die sich für die S P D in Krummesse zur Wahl gestellt haben, Gisela Börck, im lübschen

Teil von Krummesse und Dr. Jürgen Hinz, der in lauenburgisch Krummesse kandidiert hat. Beide wurden auch in Krummesse mit der überwältigen Stimmenzahl gewählt und darüber freuen wir uns alle.

Herzliche Grußworte darf ich auch von unseren neuen 1. Mann in Kiel, dem Ministerpräsidenten Björn Engholm ausrichten.

Vor wenigen Tagen hat im Kieler Landeshaus nach 38 Jahren ein SPD-Ministerpräsident seine Regierungserklärung abgegeben.

Der Kurs für die nächsten vier Jahre Regierungsverantwortung ist damit abgesteckt.

Es gilt jetzt, Versäumtes nachzuholen. Viel Arbeit wartet auf den Ministerpräsidenten und auf seine Mannschaft. Die Zeit zum Aufklaren ist jetzt endlich da. -K. Lukaszczuk-

Liebe Mitbürgerinnen
und Mitbürger!

Nach 38 Jahren CDU-Herrschaft ist der Wechsel jetzt endlich da. Mit fast 55 Prozent der Stimmen ist der Wahlerfolg am 8. Mai viel größer ausgefallen, als ich zu hoffen gewagt habe. Hinter diesem Ergebnis steckt weitaus mehr als eine Abrechnung mit der Affäre des vergangenen Jahres. Es ist nicht nur ein Dankzettel für diejenigen, die keine Konsequenzen aus dem Skandal ziehen wollten.

Ich denke, daß die Menschen in unserem Lande wirklich einen neuen Stil in der Politik, einen fairen Umgang miteinander wünschen. Die Menschen wollen echte Bürgernähe, nicht nur in Sonntagsreden. Den Politikertypus, der weit abgehoben hat von der Basis, der alles besser weiß, den haben wir zu lange in unserem Land gehabt. Ich glaube, daß die Bevölkerung gegen das Unbelehrbare und Besserwisserische ein Votum abgegeben hat.

Gleichzeitig ist dieses Wahlergebnis eine Absage an die Pläne der Bonner Koalition, einmal mehr die "Kleinen" zur Kasse zu bitten und sie für die von der Bundesregierung verschuldete Mißwirtschaft zahlen zu lassen. Ich meine die Steuerpolitik des Bundesfinanzministers und CDU-Landesvorsitzenden Stoltenberg und die Blümsche Gesundheitsreform.

Die SPD in Schleswig-Holstein hat schon vor langer Zeit Standpunkte in der Abrüstungs-, Friedens- und Energiepolitik eingenommen, die sich später auch die Bundes-SPD zeigen gemacht hat und heute in der Bevölkerung immer mehr Rückhalt finden. Unseren Erfolg sehe ich deshalb auch als Zustimmung zu unserem Konzept einer linken Volkspartei.

Dieser Wahlsieg ist für uns eine Verpflichtung. Wir werden Prozent für Prozent abzugelten haben, was die Bevölkerung uns an Vorschußlobernen gewährt hat. Deswegen werden die SPD, mein Kabinett und ich alles daran setzen, unsere Politik der Sachlichkeit und Fairness fortzusetzen.

Wir wollen die offene und öffentliche Diskussion über alle Fragen, die die Menschen in unserem Land betreffen. Wir werden die Opposition in alle wichtigen Entscheidungen mit einbeziehen, ohne Konturen zu verwischen. Wir wollen mit der Bürgernähe ernst machen. Das bedeutet auch, daß meine Ministerinnen und Mi-

nister einmal in der Woche einen Termin außerhalb ihres angestammten Arbeitsbereiches wahrnehmen werden: in einem Betrieb, einer Schule, auf einer Gewerkschaftsversammlung, bei Arbeitslosen, Rentnern oder Studenten.

Große Sprünge kann eine SPD-Landesregierung nicht machen. Wunder kann sie schon gar nicht vollbringen. Das habe ich vor der Wahl immer wieder betont. Die Kassen des Landes sind leer. Wenn der Begriff von der Erblast Berechtigung hat, dann vor allem in finanzieller Hinsicht. Die CDU hat uns ein Haushaltsloch von 18 Milliarden Mark hinterlassen.

Deswegen müssen wir die Kräfte bündeln, wollen wir Gräben überwinden, um die großen Probleme unseres Landes anzupacken. Gewerkschaften, Unternehmen und alle anderen gesellschaftlich wichtigen Gruppen gehören an einen Tisch, um das Problem Nr. 1, die Arbeitslosigkeit, in Angriff zu nehmen.


(Björn Engholm)

Lösungsvorschlag nach Art der CDU

Wieder einmal hat sich die Krummesser CDU in ihrem Informations?-Blatt mit der SPD-Krummesse befaßt.

Anlaß war eine von der SPD veranstaltete Bürgerversammlung in der Gaststätte Thormählen zum Thema Fluglärmbelastung. Besorgten Bürgern nicht nur aus Krummesse, sondern auch aus umliegenden Gemeinden war dieses Thema so wichtig, daß die zunächst aufgestellten Sitzmöglichkeiten nicht ausreichten und zusätzliche Stühle herbeigeschafft werden mußten.

Die überwiegend sehr lebhaft geführte Diskussion an diesem Abend zeigte in welchem hohem Maß die Bürger bereits jetzt unter dem Fluglärm leiden, und daß sie - wie von Politikern häufig gefordert - bereit sind sich für eine Verbesserung der bestehenden Zustände einzusetzen.

Wenn der - wieder einmal - namenlose Verfasser des CDU-Artikels dieses engagierte Verhalten von Mitmenschen zum Anlaß nimmt an der Mündigkeit dieser Bürger zu zweifeln, so kann ich nur hoffen, daß dies nicht den vielbeschworenen "neuen Stil" der CDU sondern nur eine persönliche Entgleisung des Verfassers darstellt.

Um auf den ebenso hilflos wie absurden Lösungsvorschlag - der Bürger möge sich gegen den Fluglärm die Ohren verstopfen - in gebührender Weise einzugehen, empfehle ich der CDU folgende Zeichnung als künftigen Titel für ihre Veröffentlichungen und das Wort Informationsblatt durch Satireblatt zu ersetzen.



Doch nun wende ich mich noch einmal an die Leserinnen und Leser, denen die Lösungsvorschläge der CDU nicht genügen. Die vom Landtagsabgeordneten Dr. Jürgen Hinz angekündigte Folgeveranstaltung ist in Vorbereitung und Einladungen werden rechtzeitig veröffentlicht.
-Manfred Schütt-

Mit 39 alter Europäer

Portrait des SPD-Spitzenkandidaten für die Europa-Wahl 1989

Leger im Auftreten, engagiert, vor allem aber bestimmt, so haben die Schleswig-Holsteiner Gerd Walter, den SPD-Landesvorsitzenden in Kiel, an der Seite von Björn Engholm während des Wahlkampfes kennengelernt. Der mittelgroße Mann mit dem kantigen Gesicht, vom SPD-Vorstand zum Spitzenkandidaten für die Europawahl im Juni kommenden Jahres nominiert, ist nicht nur in Kiel ein bekannter Mann.

Gerd Walter, in Lübeck geboren, verheiratet mit Rosemarie Lücke-Walter (ein Sohn), ist, wiewohl noch keine vierzig, ein „alter Sozialdemokrat“ aus der schleswig-holsteinischen Schule und ein „alter Europäer“ zugleich. Ein Mann der 68er Generation, diplomierter Politologe, der in Berlin und Hamburg studierte, gelernter Journalist, der beim „Lübecker Morgen“ und bei der „Nordwoche“ volontierte.

1968 tritt er in die SPD ein, ist von 1970 bis 1973 Mitglied im Landesvorstand der schleswig-holsteinischen Jungsozialisten, zuletzt Landesvorsitzender. Zwei Jahre später, 1975, wird er stellvertretender Landesvorsitzender in Kiel. Jochen Steffen, der „rote Jochen“ genannt, damaliger Landesvorsitzender, wird in dieser Zeit zur für ihn politisch prägenden Figur. 1979 wird der gerade 30-jährige für die schleswig-holsteinische SPD in das Europäische Parlament gewählt, 1984 ist er bereits Vorsitzender der Deutschen Gruppe in der Sozialistischen Fraktion. 1985 gibt er seinen Platz im Landesvorstand in Kiel auf, um, wie er sagt, sich nicht in der Alltagsroutine festzufahren. Ende 1987, im Oktober, kehrt er nach dem Ausscheiden von Günther Jansen wieder in den Landesvorstand in Kiel zurück, nun als Landesvorsitzender.

Trotz politischer Karriere hat sich Gerd Walter, so sagt man von ihm, den gesunden Selbstzweifel des Nachdenklichen bewahrt. Walter gilt als analytischer Kopf, als Generalist, als Vertreter der neuen jungen SPD-Politiker-Garde, der, so sagt er von sich selbst, sich in der politischen Arbeit nicht verblenden läßt,

auch wenn der Wind mal von vorne weht. Vielleicht ein Geheimnis seines Erfolgs.

Die Spitzenkandidatur, so sagt er, stellt für ihn eine große Herausforderung dar, auch in persönlicher Hinsicht. „Ich werde wohl noch ein Stück zulegen müssen, es wird nicht leicht werden.“ Für weitere fünf Jahre will er nach Straßburg und Brüssel gehen, weil er glaubt, daß die Europapolitik an Bedeutung gewinnt und deutsche Politik ohne europäische Politik in der Gemeinschaft nicht denkbar ist. Das sah er schon so, als er mit Gewerkschaftern in den 70er Jahren die Frage diskutierten, welche Folgen es hat, wenn Unternehmen über die europäischen Grenzen gehen und an den Arbeitnehmerrechten flicken. Damals war er noch Dozent in der politischen Erwachsenenbildung an der SPD-nahen Gustav-Heinemann-Akademie in Malente. Gerd Walter, der in Lübeck 1949 in auskömmlichen Verhältnissen geboren wurde, ist davon bis heute nicht losgekommen. Walter ist überzeugt von den Vorteilen des europäischen Binnenmarktes, aber, so sagt er, der Binnenmarkt darf den europäischen Sozialstaat nicht unterminieren, darf nicht zu einem arbeitnehmerfeindlichen Europa führen. Das liegt ihm besonders am Herzen.

Walter ist Mitglied im Politischen Ausschuß, Mitglied der Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zu Schweden, Finnland, Island und dem Nordischen Rat. Was ihn, der für Europa über den Tag hinaus nachdenkt, beschäftigt, das ist das Europa für die kleinen Leute. Deshalb auch hat er sich in die Diskussion um das Reinheitsgebot beim Bier eingemischt. Und daß er sich für die Zukunft einer ökologisch gesunden Nordsee einsetzt, ist dem Lübecker ohnehin eine Selbstverständlichkeit.

Was ihn heute zu tragen scheint, das ist, wie er selbst formuliert, die Erfahrung, daß es gut war, politisch zu arbeiten, gerade auch für Europa. „Damals waren wir noch wenige. Es sind einige hinzugekommen, es hat sich gelohnt“, hat er kürzlich gesagt.

Binnenmarkt sozial gestalten

Einigung um jeden Preis ist keine Perspektive

Europa befindet sich in einer Phase wichtiger historischer Entwicklungen und Entscheidungen. Kein Zweifel: Der für 1992 angestrebte Gemeinsame Binnenmarkt ohne Schranken für Handel und Menschen wird kommen.

Klar ist auch: Wir brauchen den Binnenmarkt. Denn:

- Er schafft Arbeit. Schon heute wickelt die Bundesrepublik mehr als 50 Prozent ihres Außenhandels mit den Ländern der Gemeinschaft ab. Jeder sechste Arbeitsplatz hierzulande hängt schon heute vom EG-Markt ab. Jüngste Prognosen schätzen den Beschäftigungszuwachs durch den Wegfall der Wirtschafts- und Handelschranken in Europa auf zwei Millionen neue Arbeitsplätze.
- Der Binnenmarkt hilft Geld sparen. „Nicht-Europa“ kostet heute Jahr für Jahr Milliardenbeträge: Weit mehr als 200 Milliarden DM entstehen heute an Kosten und Verlusten durch bürokratische Grenzkontrollen, die kaum durchschaubare Vielfalt unterschiedlicher nationaler Normen und Vorschriften und durch die Enge der noch immer auf Nationalstaaten begrenzten Märkte. Die EG-Kommission schätzt die Kostenersparnis für Industrie, Verbraucher und Steuerzahler allein durch den Wegfall der Handelsgrenzen und erste Deregulierungen zur Öffnung der Märkte in der Gemeinschaft auf rund 160 Milliarden DM pro Jahr.
- Er ist Voraussetzung für die wirtschaftliche und politische Selbstbehauptung Europas ebenso wie auf technologischem und sozialem Gebiet: Nur gemeinsam werden die Europäer im künftig mit 324 Millionen Bürgern größten Binnenmarkt der Welt die Herausforderungen der Zukunft meistern können. Ohne den Sprung in eine neue wirtschaftliche Zukunft aber sind auch die Grundlagen für soziale Fortschritte in Europa in Gefahr.

Der Binnenmarkt birgt jedoch auch Risiken. Schon oft haben die offenen Wirtschaftsgren-

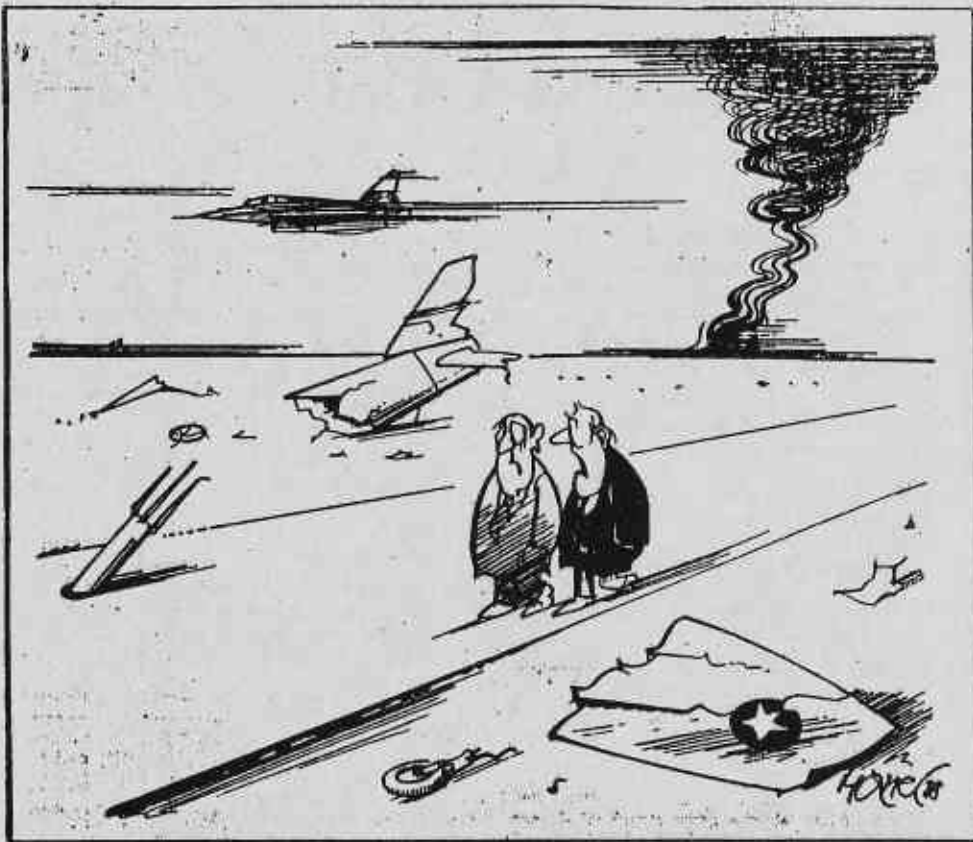
zen in der EG als Alibi für eine unsoziale und umweltfeindliche Dumping-Politik gedient. Diese Fehlentwicklung droht sich jetzt zu beschleunigen, wenn nicht entschieden gegensteuert wird:

- Eine Vielzahl nationaler Normen und Vorschriften muß bis 1992 europaweit einander angeglichen werden. Beim Lebensmittelrecht, beim Umwelt- und Verbraucherschutz droht eine Angleichung der Bestimmungen auf niedrigem Niveau. Der kleinste gemeinsame Nenner darf aber nicht der Preis für die wirtschaftliche Einigung Europas sein.
- Geregelt werden muß die ohnehin schon seit Jahren laufende Konzentrationswelle der Unternehmen in Europa. Die Sicherung von Mitbestimmungsrechten aber kommt in Brüssel seit Jahren nicht vom Fleck. Die Folge dieser Rechtslücke zeigt der EG-Gesetzentwurf über die grenzüberschreitende Fusion von Aktiengesellschaften: Würde danach ein deutsches Unternehmen von einem französischen aufgekauft, verlören die deutschen Arbeitnehmer ihre weitergehenden bundesdeutschen Mitbestimmungsrechte. Selbst Tarifverträge könnten so unterlaufen werden.

Beispiele wie diese zeigen: Ein Ausbau des Binnenmarktes ohne Ausbau der Umwelt-, Sozial- und Verbraucherpolitik ist keine Europapolitik, sondern Sozialdumping. Die wirtschaftliche Einigung Europas braucht die Ergänzung durch ein soziales Europa.

Wenn es nicht gelingt, soziale Fortschritte überall im Gemeinsamen Markt durchzusetzen, werden wir die ökonomischen Vorteile des Binnenmarktes mit gravierenden sozial- und gesellschaftspolitischen Nachteilen bezahlen müssen. Einigung um jeden Preis aber ist keine Zukunftsperspektive für Europa.

Gerd Walter, Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten



„Natürlich sind wir mitten im Frieden, warum fragst du?“

Zeichnung: Hansi

Bier-Urteil ist ein positives Signal

(AgV) Das Bier-Urteil des höchsten europäischen Gerichts ist eine Entscheidung für die Verbraucher und für die Weiterentwicklung des Gemeinsamen Europäischen Binnenmarktes. Neben den nach heimischen Rezepten gebrauten Bieren dürfen die deutschen Verbraucher künftig auch andere EG-Biere trinken, wie sie unsere Nachbarn seit jeher schätzen. Das „Reinheitsgebot“ bleibt erwartungsgemäß unangetastet, verurteilt wird der Egoismus und Protektionismus der deutschen Produzenten, die ausländische Konkurrenzprodukte zum eigenen Nutzen und zum Nachteil der Verbraucher von ihren Märkten fernhalten wollen.

Insofern bedeutet das Urteil auch ein positives Signal für mehr EG-weiten Qualitäts- und Preiswettbewerb auf dem gesamten Lebensmittelsektor und damit für mehr Wohlstand. Auch bei vielen anderen Lebensmitteln werden die Verbraucher davon profitieren, daß das Gericht den Partnerstaaten jetzt grundsätzlich verbietet, ausländische Produkte nur deshalb auszusperren, weil sie nicht nach den eigenen nationalen Rezepturen und Vorschriften hergestellt wurden. Überall in der EG wird es den Lebensmittelherstellern künftig schwerer fallen als bisher, angebliche Verbraucherinteressen als Vorwand eigener Interessen zu mißbrauchen.

Fahrt in den Mai
Am 30. April und am 7.
Mai 1988 veranstaltete
der Ortsverein Krummesse
der SPD eine Bootsfahrt
von der Krummesser
Schleuse nach Gothmund.
Beide Fahrten waren gut
besucht; das Wetter
spielte auch mit. So war
es ein sehr schönes
Erlebnis, einmal auf
etwas andere Art nach
Lübeck zu fahren und sich
die Hansestadt vom Wasser
aus anzusehen. Dem Be-
trachter bot sich ein
sehr schöner Blick auf
die "Skyline" von Lübeck.
Es war nichts von dem
Lärm und der Hetze einer
Stadt zu sehen und zu
spüren, während man in
Ruhe die Häuser und die
Straßenzüge ansah -
unterstützt durch Erläu-
terungen des Kapitäns.

Auf der ersten Fahrt
hatten die Fahrgäste noch
Gelegenheit, in einem

Gespräch dem MdL Dr. Jür-
gen Hinz ihre Sorgen und
Nöte mitzuteilen.
Für die Kinder waren
sicherlich die beiden
Schleusendurchfahrten
in Krummesse und Büssau
ein aufregendes Erlebnis.
"Erhob" sich doch an
Steuerbord langsam und
unaufhörlich das Mauerwerk
des Schleusenbeckens.

In Gothmund angekommen,
konnten die Fahrgäste sich
das altehrwürdige Fischer-
dorf an der Trave ansehen
oder in der Fischerklause
sich von den Anstrengungen
der Fahrt erholen. Gegen
17 Uhr ging es dann in
einem Bus der Stadtwerke
Lübeck wieder nach Hause.

Ermutigt durch den
Erfolg wird sich der SPD -
Ortsverein bemühen, Ähn-
liches nochmals zu veran-
stalten, wobei jede
 helfende Hand willkommen
ist.

Thomas Raeder

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger !

Im Lübschen und im Lauenburgischen Krummesse haben Sie mit großer Mehrheit sozialdemokratisch gewählt. Hierfür danken wir Ihnen als direkt gewählte Abgeordnete.

Diesen Vertrauensbeweis gilt es in den kommenden vier Jahren durch engagier-
te politische Arbeit im Parlament und in der Regierung umzusetzen. Wir ho-
fen dabei auch auf die Unterstützung derjenigen, die uns diesmal (noch)
nicht ihre Stimme geben.

Ihre

Föll
Gisela Böhck MdL

Wahlkreis Nr.36 Lübeck-Süd

Hinz
Dr. Jürgen Hinz MdL

Wahlkreis Nr.41 Lauenburg-Ost